Monatsspiegel

Juni 2020

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Verantwortung für Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung in unserer Stadt

Konstituierende Stadtratssitzung am 14. Mai 2020
Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Pfister

Von Barbara Pfister
Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
Herr Oberbürgermeister,
zu Beginn der neuen Wahlperiode stehen wir in ganz besonderer Weise vor der Herausforderung, zu zeigen, dass Demokratie auch in der aktuellen Pandemie den besten Weg zur Lösung von Problemen darstellt. Die Wahrung von Grundrechten, der soziale Zusammenhalt und die Vertretung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger - gerade auch derjenigen, die benachteiligt werden - können wir am besten im fairen Streit der demokratischen Parteien und Fraktionen voranbringen. Unser demokratisch gewählter Oberbürgermeister bietet zugleich die beste Gewähr dafür, uns besonnen und mit Blick auf alle Menschen in unserer Stadt durch diese Krise zu leiten.
Die SPD-Fraktion hat sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Verantwortung gestellt, eine stabile Mehrheit in diesem neu zusammengesetzten Stadtrat zu bilden, um wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Stadt abzusichern. In der Kooperationsvereinbarung mit der CSU, die wir sehr gern gemeinsam mit den Grünen abgeschlossen hätten, finden sich zentrale Aussagen zur Zukunft unserer Stadt, zu Klima- und Umweltschutz, zur Unterstützung der Entwicklung von Universität und Klinikum, für gute Bedingungen für wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Weiterentwicklung. Inhaltlich gibt es unseres Erachtens kaum einen Punkt, der nicht weitgehend auch den Zielen der Grünen entspricht - und viele Ziele, die auch mit den Vorstellungen vieler anderer in diesem Stadtrat übereinstimmen. Wir legen großen Wert darauf, dass die Grünen über ein

Fortsetzung auf Seite 3

28.05.	19:00	Kreismitgliederversammlung	digital per Webex	S. 3, 7
02.06.	19:30	Jusos: Sitzung	digital	S. 20
09.06.	19:30	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	digital per Skype	S. 17
16.06.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	digital oder Schlossgaststätte	S. 18
16.06.	19:30	Jusos: Sitzung	digital	S. 20
18.06.	19:00	Kreismitgliederversammlung	digital per Webex	S. 3, 7

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	13:00 bis 17:30 Uhr
Dienstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Freitag	12:30 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Helmut Aichele, Monika Fath-Kelling, Niklas Hauer, José Luis Ortega Lleras, Barbara Pfister, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

neues Referat für Klima- und Umweltschutz, dessen Schaffung den hohen Stellenwert dieser Themen widerspiegelt, in der neuen Stadtregierung vertreten sind. Wir hoffen daher auf breite Unterstützung für die Projekte und Maßnahmen der nächsten Jahre und erneuern unser Angebot der konstruktiven Zusammenarbeit an alle Stadtratsmitglieder der demokratischen Parteien und Listen. Dies gilt ausdrücklich nicht für die AfD, bei der sich durch ihre Missachtung von Grundwerten und ihre menschenfeindliche Haltung jegliche Form der Zusammenarbeit verbietet. Ihre Präsenz im Stadtrat sehen wir als Ansporn, unsere Anstrengungen für eine offene, tolerante Stadtgesellschaft und den Abbau von Diskriminierung zu verstärken. Wichtiger denn je ist hierbei das mutige öffentliche Auftreten der Stadtspitze gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für das insbesondere Florian Janik steht.

Angesichts der Corona-Pandemie mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ebenso wie der Klimakrise stehen wir vor einer großen Zahl alter wie neuer Fragen – und wir müssen aufrichtig bekennen, dass wir nicht auf all diese Fragen Antworten haben: teils, weil wir sie noch erarbeiten müssen, teils, weil Lösungen allein auf kommunaler Ebene nicht möglich sind. In der Kooperationsvereinbarung haben wir Antworten zu den wichtigsten Bereichen formuliert, um unseren Handlungsspielraum als Kommune zu nutzen.

Im Bereich der **Bürgerbeteiligung** wollen wir auf den Erfolgen seit 2014 aufbauen und weiterhin einen unserer Schwerpunkte setzen. Wir werden Transparenz und Breite der Informationen weiter ausbauen, neue Instrumente der Beteiligung ausprobieren und bisherige auf ihre Wirkung überprüfen. Doch wie lassen sich die wichtigen Prozesse der direkten Diskussion unter den Bedingungen physischer Distanz organisieren? Wie können wir vermeiden, dass die Hürden dafür, sich virtuell zu beteiligen, zum Ausschluss vieler Menschen führen? Zugleich gilt es, auch unabhängig von Corona weiter an Lösungen für eine ausgeglichenere Beteiligung zu arbeiten: Wie stellen wir z. B. bei einem Vorhaben zum Wohnungsbau sicher, dass neben den Anwohner*innen auch diejenigen, die dringend eine Wohnung benötigen, Gehör finden? Wie können wir den Einfluss von Einzelinteressen begrenzen? Was bedeuten veränderte

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den nächsten Tagen und Wochen werden die Corona-bedingten Einschränkungen wieder etwas gelockert. Leider müssen wir aber nach wie vor auf die gewohnten Kontakte und Diskussionsforen in der Partei, wie Kreismitgliederversammlungen oder Distriktsitzungen im üblichen Format verzichten. Diese sind bis auf Weiteres nur virtuell möglich.

Rund sechs Wochen sind seit der Stichwahl vergangen, und Anfang Mai wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen CSU und SPD im Rathaus geschlossen.

Über die Kommunalwahlen, die Ergebnisse und die Folgen für unsere politische Arbeit möchten wir gerne allen Mitgliedern die Gelegenheit zur Diskussion bieten.

Wir haben nun mit „Webex“ endlich auch ein Konferenzsystem, um eine Video-/Telefonkonferenz im größeren Maßstab durchführen zu können.

Dazu bieten wir zwei Termine für virtuelle Kreismitgliederversammlungen an, zu denen ich dich hiermit herzlich einlade:

Digitale KMV

„Ergebnisse und Folgen der Kommunalwahl für die SPD -Teil I“
am Donnerstag, den 28.05.2020, um 19.00 Uhr
Meeting-Nummer: 991 644 007

Digitale KMV

„Ergebnisse und Folgen der Kommunalwahl für die SPD -Teil II“
Am Donnerstag, den 18.06.2020, um 19.00 Uhr
Meeting-Nummer: 994 200 483

Das Passwort für beide Meetings lautet: Sozi_2020

Bitte merke dir beide Termine vor.

Auf Seite 7 findest du zudem eine Kurzanleitung, um dich in die Sitzungen einzuwählen.

Bei Problemen kontaktiere bitte Christian Wonnerth unter buero@spd-erlangen.de oder 09131 812 65 22. In dringenden Fällen ist er unter der 0152 290 64 266 zu erreichen.

Mit solidarischen Grüßen und den besten Wünschen für eine gesunde Zeit

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

Mediennutzung und soziale Medien für die öffentliche Debatte in Erlangen? An all diesen Aspekten wird die SPD mit großem Engagement gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter arbeiten.
Für die derzeitigen und künftigen Lebensbedingungen in unserer Stadt ist der Umgang mit der **Klimakrise** und den Problemen der **Mobilität** von größter Bedeutung. Die zusätzlichen Belastungen der Pandemie dürfen aus Sicht der SPD an dieser Priorität nichts ändern: Die vorgesehene Summe von 100 Millionen Euro für Maßnahmen aus diesem Bereich belegt dies eindrücklich. Dabei müssen wir auch die Frage beachten, wie durch geeignete Beteiligungsmöglichkeiten gerade beim Thema Klimaschutz ein breiter Konsens erreicht werden kann. Auch wenn wir an den globalen und bundesweiten Rahmenbedingungen wenig ändern können, müssen wir größte Anstrengungen unternehmen, um den CO2-Ausstoß zu begrenzen, eine nachhaltige Energiepolitik weiter voranzubringen, Artenvielfalt, Grünflächen und Bäume zu schützen - und mit dem Vorrang für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr die Belastungen aus dem Verkehr zu verringern. Zentrales Projekt für uns bleibt dabei die **Stadt-Umland-Bahn**, die wir möglichst rasch realisieren wollen. Dafür werden wir in den kommenden Jahren zunächst die Planungen mit breiter Beteiligung vorantreiben und anschließend um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger werben. Uns ist bewusst, dass gerade in der Verkehrspolitik, wenn es darum geht, Parkflächen in der Innenstadt und in Wohngebieten zu verringern, zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr den Platz einzuschränken, der Autos auf den Straßen und Plätzen zur Verfügung steht, deutlich größere Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen als mit der CSU bestehen. Mögliche Differenzen in diesem Feld werden wir mit der CSU offen diskutieren und uns um Einigung bemühen. Die vereinbarte Kooperation bietet uns jedoch ausdrücklich die Möglichkeit, unser sozialdemokratisches Profil zu deutlich zu zeigen und in bestimmten Fällen auch andere Mehrheiten in diesem Stadtrat für eine fortschrittliche Verkehrspolitik zu gewinnen. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade diese auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gedeihliche Entwicklung der Unternehmen und des Handels in Erlangen sind.
Bei einem weiteren klassisch sozialdemokratischen Thema konnten wir unsere Vorstellungen in der Kooperationsvereinbarung verankern: Auch wenn wir bei der **Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung** als Kommune nur begrenzte Möglichkeiten haben, müssen wir in diesem Rahmen alles tun, um die Folgen von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit für das alltägliche Leben der Betroffenen zu mildern. Wir werden nicht verhindern können, dass die einsetzende schwere Wirtschaftskrise auch in unserer Stadt diese Probleme massiv verstärken wird. Bereits jetzt haben viele Menschen mit geringeren Einkünften, Kurzarbeit und drohender Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Daher werden wir uns in den nächsten Jahren für eine Stärkung der aktiven kommunalen Arbeitsmarktpolitik mit städtischen Haushaltsmitteln einsetzen. Auch der ErlangenPassPlus, der Ausbau der Ganztagsschulen, die Konzepte von Kultur für Alle sowie die Angebote der Soziokultur sind für uns wichtige Instrumente für soziale Teilhabe, ebenso wie mehr Inklusion und Barrierefreiheit und vielfältige Angebote im Bereich Sprachförderung und Integration. Durch die Fortsetzung der **Wohnungsbauoffensive**, insbesondere im Bereich geförderter Wohnungen werden wir in einem für viele existenziellen Problem deutliche Verbesserungen erreichen. Was können wir darüber hinaus in Erlangen tun? Dafür wollen wir in offenen Diskussionen gemeinsam mit wichtigen sozialpolitischen Akteur*innen und mit Betroffenen neue Ideen entwickeln.
Wie keine andere Fraktion setzt sich die SPD im Erlanger Stadtrat seit Jahrzehnten für die **Gleichstellung von Frauen** ein. Die Corona-Krise und unser Umgang damit zeigen uns überdeutlich, wie zerbrechlich die Errungenschaften in diesem Bereich sind: Frauen sind in mehrfacher Hinsicht derzeit die Verliererinnen dieser Krise. In häufig schlecht bezahlten Jobs tragen sie den Großteil der erheblichen zusätzlichen Belastungen, in den Familien verflüchtigen sich in Zeiten der Schul- und Kitaschließungen die Fortschritte bei der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit, Alleinerziehende sind in kaum erträglichen Maße überlastet. Umso wichtiger ist es vor diesem Hintergrund, die städtische Gleichstellungspolitik zu stärken. Mit unserer Forderung nach einer

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2020
17. Juni 2019

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai und Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

Wegen technischer Probleme können wir leider die „Geburtstagskinder“ in diesem Monat nicht namentlich aufführen. Wir gratulieren euch aber trotzdem herzlich.

Korrektur:
In der April-Ausgabe haben wir Claus Uhl zum Geburtstag gratuliert. Dabei ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Er wurde nicht 91, sondern erst 81 Jahre alt. Dafür wollen wir uns recht herzlich bei dir entschuldigen.

Verdoppelung der Personalressourcen der Gleichstellungsstelle konnten wir uns hier durchsetzen. Damit wollen wir endlich das voranbringen, was bereits in den 90er Jahren mit dem Ziel der „geschlechtersensiblen Sichtweise“ verknüpft war, zu der sich auch die Stadt Erlangen damals offiziell verpflichtet hat. Doch von einer durchgängigen Praxis der Berücksichtigung der Lebenssituationen und Anliegen von Frauen in allen Bereichen der Stadtpolitik sind wir immer noch weit entfernt. Alle Mitglieder unserer Fraktion, die aus 6 Frauen und 5 Männern besteht, werden sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister aktiv dafür einsetzen, dies voranzubringen.
Die SPD-Fraktion geht mit klaren Werten, mit Kreativität, hoher Bereitschaft zu Einsatz und offener Diskussion und mit großem Vertrauen in die Menschen unserer Stadt und die engagierten Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung in die neue Wahlperiode. **Lassen Sie uns gemeinsam an einer wirtschaftlich stabilen, offenen, sozial gerechten und ökologisch ausgerichteten Stadt für Alle arbeiten.**

Hilfsangebot der Jusos:

Unterstützung während der Corona-Pandemie

Liebe Genoss:innen und Freund:innen,
wir wollen als Jusos unsere Unterstützung während der Corona-Pandemie anbieten!
Diese wird uns nicht nur politisch noch länger beschäftigen, sondern prägt auch unseren Alltag noch eine ganze Weile. Wir wissen, dass es schon seit Beginn der Epidemie viel gegenseitige Unterstützung gibt und sich zahlreiche Hilfsangebote etabliert haben. Falls aber doch noch jemand durch alle Maschen gefallen ist oder erst jetzt allmählich der Bedarf entsteht, übernehmen wir gerne den **Einkauf, Apothekengänge oder was sich sonst so ergibt für Genoss:innen und Freund:innen!** Natürlich achten wir darauf, dass kein persönlicher Kontakt mit Ansteckungsgefahr zustande kommt und alle Hygieneregeln eingehalten werden.
Wenn ihr Hilfe braucht, könnt ihr den Vorstand der Jusos (am besten zwischen 10 und 18 Uhr)

unter der Nummer 09131 8126523 anrufen.
Dort eingehende Anfragen leiten wir an eine:n Juso im entsprechenden Stadtteil weiter, der:die sich dann bei euch meldet.
Wir hoffen natürlich, dass alle schon gut versorgt sind und es uns gar nicht braucht – freuen uns aber auch, wenn wir helfen können!

Eure Jusos

85 Jahre und kein Bisschen alt

Der Vater der Integration in Erlangen wird am 6.6. seinen Geburtstag feiern

Von José Luis Ortega Lleras

Der interkulturelle und interreligiöse Dialog ist ihm in der Wiege gelegt worden. Geboren in der Türkei, groß geworden in Istanbul - der Genosse Ruhi Teksifer wurde in seiner Jugend bereits mit Multikulturalität konfrontiert. In seiner Heimatstadt wuchs er zusammen mit Nachbarn verschiedener Völker auf: Griechen, Juden, Kurden, Armeniern und Türken.

1964 kam Ruhi als „Gastarbeiter“ nach Deutschland mit einem einjährigen Arbeitsvertrag und hat in Strullendorf als Metallarbeiter begonnen. Sehr lange ist seine Geschichte mit unserer Stadt verbunden. Wie häufig erwähnt, kam er kurz danach auf dem Weg nach Nürnberg in einem Zug in Erlangen an und stieg aus Versehen aus. Hier hat er am Anfang eine Arbeitsstelle bei Frieseke & Höpfner gefunden, wo er ab 1966 als Vertrauensmann der IG Metall fungierte. Erlangen wurde sein Wohnort und seine zweite Heimat.

Im Jahr 1967 war er Mitgründer und ab 1969 Vorsitzenden des Türkischen Kulturvereins. Heute ist er sein Ehrenvorsitzender. Jahrzehntelang, bis zu seiner Pensionierung, arbeitete er bei der Arbeiterwohlfahrt als Berater für türkischen Arbeitnehmer in der Region. Hinzu kamen vielfältige Aufgaben, u.a. als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Nürnberg, als Beisitzer für die Musterungsausschüsse beim Kreiswehrersatzamt Nürnberg und im Schöffenwahlausschuss sowie als Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt.

Seit 65 Jahre ist Ruhi mit seiner Frau Sevim verheiratet. Sie hat in Erlangen die türkischen Spezialitäten bekannt gemacht. Jahrelang hat sie in der Stadt das Restaurant Ali Baba, mit der Unterstützung von Ruhi geführt. Dort fanden unzählige Gespräche der Erlanger Politik in orientalischem Ambiente statt.

Die beratenden Tätigkeiten für seine türkischen Mitbürger*innen haben ihn zur Politik geführt. Im Jahr 1974 wirkte er bei der Gründung des Ausländerbeirates mit und wurde als einer der Gründungsmitglieder in das Gremium gewählt. Kurz darauf, im Jahr 1977, wurde er dort Vorsitzender und übte dieses Amt bis zum Jahr 1990 aus. In Dankbarkeit hat ihm das Gremium den Ehrenvorsitz verliehen. Seine Zeit im Ausländerbeirat wurde durch die Versorgung der Grundbedürfnisse der Migrant*innen geprägt. Suche nach geeigneten Wohnräumen, Beschulung der Kinder, Möglichkeiten der kulturellen Entfaltung und Anerkennung als Mitbürger*innen in der Stadt waren die wichtigsten politischen Forderungen. Sein Wirken hat das Gremium stark gemacht und lokale, aber auch bundesweite Anerkennung gebracht.

Nach seiner Einbürgerung hat Ruhi Teksifer das Gremium im Jahr 1990 verlassen. Diese war wiederum eine Besonderheit: Durch die Weigerung des türkischen Staates seinen Antrag auf Ausbürgerung zu akzeptieren, hat er nach langen Hin und Her die deutsche Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung des türkischen Passes bekommen.

Als deutscher Staatsbürger übernahm Ruhi auch weitere politische Verpflichtungen. Im Jahr 1990 kandidierte er zum ersten Mal auf der Liste seiner Partei, die SPD, zum Stadtrat und wurde gewählt. Damit war Ruhi Teksifer erster „Mensch mit Migrationshintergrund“ in diesem Gremium und ebnete den Weg für viele von uns. 12 Jahre lang hat er in der SPD-Fraktion die Sprecherfunktion für Ausländerpolitik übernommen und dabei das von Dietmar Hahlweg ins Leben gerufenen Motto der Stadt „Offen aus Tradition“ mit Inhalt gefüllt. 2002 verabschiedete er sich vom Stadtrat, aber nicht vom Engagement. Ruhi wurde zum ehrenamtlichen Ausländerberater Erlangens ernannt und blieb somit eine wichtige Stütze für die Migrant*innen in unserer Stadt.

Sehr lange hat Ruhi Teksifer von einem Traum gesprochen: Eine Partnerschaft Erlangens mit einer türkischen Stadt zu verwirklichen. So hat er mehrere Gespräche in Deutschland und der Türkei geführt, eine Delegation aus Erlangen in der Türkei begleitet und 2003 wurde dieser Traum Wirklichkeit. Der Partnerschaftsvertrag zwischen Besiktas und Erlangen ist in beiden Städten unterschrieben worden. Mit zahlreicher Unterstützung gründete er dann den Verein ERBES für die Forderung der Partnerschaft und wurde zusammen mit Michael Greißel zum Vorsitzenden gewählt. Durch sein Mitwirken ist die Beziehung beider Städte gewachsen und stark geworden. Diese Stärke hat sich auch in schwierige Zeiten gezeigt. Vor 10 Jahren hat ihn die Stadt Istanbul dafür geehrt. Am 7.9.2010 war in der Erlanger Nachrichten zu lesen: „

Der Erlanger Ehrenbürger und „Vorzeige-Türke“ Ruhi Teksifer ist von der hugenottischen Partnerstadt Besiktas (Istanbul) als „Architekt der Partnerschaft“ und in seiner Funktion als Vorsitzender des Partnerschaftsvereins „ErBes“ (Erlangen-Besiktas) zum ersten Ehrenbürger der Stadt ernannt worden. Teksifer, so die Begründung, habe ganz wesentlich die Kontakte zwischen den neuen Partnern geknüpft und Hindernisse aus dem Weg geräumt“
Seine erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit hat auch weitere verdiente Anerkennungen erfahren: 1980 den Ehrenbrief der Stadt Erlangen und 1983 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der BRD, die Bayerische Staatsmedaille für soziale Verdienste 2005 und die Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Erlangen 2007.
Ruhi Teksifer war und ist für viele von uns ein Vorkämpfer und ein Vorbild.
In Namen der Stadtratsfraktion und Deiner SPD gratulieren wir Dich gerne zu deinem 85. Geburtstag.
Lieber große Brüder Ruhi, bleib bitte weiter so jung und aktiv für diese Deine Stadt Erlangen und für Deine SPD!

Freundschaft!

Kurzanleitung zum Webex-Zugang ...

... mittels Smartphone

1. Lade dir die App „Webex Meet“ herunter
2. Gehe in deinem Handybrowser auf „**konferenz.spd.de**“ und wähle im Fenster oben rechts „Beitreten nach Nummer“
   Gebe im neuen Fenster die Anmeldedaten ein und bestätige „Teilnehmen“
3. Im neuen Fenster wählst du „Zulassen“
   Die Verbidung mittels App wird aufgebaut.

... mittels PC

1. Gehe in deinem Browser auf „**konferenz.spd.de**“ und wähle im Fenster oben rechts „Beitreten nach Nummer“
2. Gebe die geforderten Daten ein.
   Im Anschluss wählst du, wie du dem Meeting beitreten möchtest - mittels Browser oder einer Anwendung.
3. Falls du kein Headset haben solltest, so kannst du dich auch mittels deines Telefons verbinden. Folge hierfür den Anweisungen im Meeting unter „Ich rufe an“.

... mittels Telefoneinwahl

1. Wähle **+49-30-25993993**
2. Gebe deine Meeting-Nummer an und bestätige sie mit #
3. Drücke anschließend noch einmal #, sodass du dem Meeting beitrittst.

Unsere Bitte an dich (Smartphone und PC):
Schalte Kamera und Mikrofon aus, sodass die Verbindung nicht ins Stocken gerät
Wenn du einen Redebeitrag hast, melde dich im Gruppenchat mit deinem Namen (zum Gruppenchat gelangst du mittels PC durch klicken auf „Chat“ oder per Smartphone über den Button oben rechts, der eine Person darstellt und dann „Chat“)

Unsere Bitte an dich (Telefon):
Bitte kündige deinen Redebeitrag zwischen den Wortbeiträgen an
Schalte (soweit möglich) dein Mikrofon aus, sodass keine Störnugen entstehen

Unsere Bitte an Alle:
Halte dich bereit. Unser Vorsitzender, Dieter Rosner, wird dich aufrufen, sobald du dran bist
Schalte erst dann dein Mikrofon ein und zum Ende deines Beitrages auch wieder aus
Respektiere diese Regeln

Hinweis:
Erst 10 Minuten vor Sitzungsbeginn wird das Meeting freigeschaltet, logge dich bitte rechtzeitig ein.
Es ist von Vorteil die Applikationen rechtzeitig davor herunterzuladen.

Lastenrad wechselt Besitzer

Das Lastenrad, das der Distrikt West für den Kommunalwahlkampf angeschafft hat, zieht um nach Bruck. Es geht in Form einer Schenkung über an Martin Müller, der die Möglichkeit hat, das Rad in einer Garage unterzustellen. Er hat sich bereit erklärt, es jederzeit Genossinnen und Genossen zur Verfügung zu stellen, die es für politische Arbeit einsetzen wollen. Die Beklebung aus dem Kommunalwahlkampf ist so gestaltet, dass diese bei Vor-Ort-Veranstaltungen gut wirkt.
Wer sich dafür interessiert, kann sich also jederzeit an Martin wenden. Wenn ihr euch ein paar Tage im Voraus meldet, wäre dies von Vorteil.
Martin ist am besten über sein Handy zu erreichen. Seine Nummer lautet 0179 4032816.

Zur Erinnerung und gegen das Vergessen

Von Helmut Aichele

In Erlangen war der 12. Mai (bundesweit ist der 10. Mai der Tag des Buches) der Tag des mahnenden Gedenkens an die Bücherverbrennung, die die Nationalsozialisten auf dem Schlossplatz veranstaltet haben. Organisiert vom Kulturamt, haben die Referenten Schnetz und Rossmeisel, mit Schauspielern und anderen Kulturschaffenden und zahlreichen Bürgerinnen, Kundgebungen durchgeführt. Dabei wurden Gedichte oder andere Werke der verbrannten Dichter gelesen und vorgetragen.
Bei Corona ist alles anders. An wichtige Jahrestage, 75 Jahre nach Kriegende, wird durch Presseveröffentlichungen und im Internet erinnert, aber unser Erlanger 12. Mai muss ausfallen, sollte aber nicht vergessen werden.
Deshalb blieb uns, im gleichen Haushalt lebende, nichts anderes übrig als vor unserem Markgrafen und der vor ihm im Pflaster eingelassenen Gedenktafel eine kleine, nicht genehmigte Erinnerungsdemonstration zu veranstalten.

Wie es dann der Zufall will, kam unsere ehemalige Bundestagsabgeordnete vorbei und schloss sich uns an. Bild 2.
Jeder Leser wird sofort erkennen: Bild 1 = Inge + Hem; Bild 2 = Heide + Hem.

P.S.: Ebenfalls ein ebenso wichtiger und wenig bekannter Gedenktag ist der 16. Juli. Jede die mir bis Ende des Monats den Grund für diesen Tag mitteilt, darf bei der nächsten KMV die wir wieder in einer Gaststätte begehen können, seine Getränke auf meine Rechnung schreiben lassen.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion

Munib Agha

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit, Digitales und die Bekämpfung des Rechtsextremismus

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Haupt-, Finanz- und Personalausschuss
- Sozial- und Gesundheitsausschuss
- Revisionsausschuss
- Ältestenrat
- Städtepartnerschaftsbeauftragter für Shenzhen
- Betreuungsstadtrat für den Anger und Bruck

Dr. Philipp Dees

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Stadtentwicklung und Wohnen, Bauwesen

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss
- Bauausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragter für Riverside
- Betreuungsstadtrat für Büchenbach, Kosbach, Frauenaurach

Dr. Clemens Heydenreich

Sprecher für Soziokultur und Ehrenamt

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Bildungsausschuss
- Kultur- und Freizeitausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragter für Jena und Eskilstuna
- Betreuungsstadtrat für die Innenstadt

Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Anette Christian

Sprecherin für Gesundheit und Senior*innen, Feuerwehr, Sicherheit und Katastrophenschutz

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Sozial- und Gesundheitsausschuss
- Sportausschuss
- Seniorenbeirat (Vorsitzende)
- Städtepartnerschaftsbeauftragte für Stoke-on-Trent
- Betreuungsstadträtin für Alterlangen, Kriegenbrunn und Hüttendorf

Valeria Fischer

Sprecherin für Kultur und City-Management

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Bauausschuss
- Kultur- und Freizeitausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragte für Wladimir
- Betreuungsstadträtin für Dechsendorf

Gisela Niclas

Sprecherin für Soziales und Bezirksrätin

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Sozial- und Gesundheitsausschuss

José Luis Ortega Lleras

Sprecher für Migration und Integration, Kirchen und Glaubensgemeinschaften

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Haupt-, Finanz- und Personalausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragter für San Carlos

Dr. Andreas Richter

Sprecher für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Verkehr

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragter für Cumiana
- Betreuungsstadtrat für Tennenlohe und Eltersdorf

Aydan Eda Simsek

Sprecherin für Jugend und Familie

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Jugendhilfeausschuss
- Umwelt-, Verkehr- und Planungsausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragte für Besiktas
- Betreuungsstadträtin für die Südstadt

Barbara Pfister

Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Personal, Verwaltung, Frauen und Gleichstellung, Diversity

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Ältestenrat
- Haupt-, Finanz- und Personalausschuss
- Bildungsausschuss (Vorsitzende)
- Revisionsausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragte für Rennes
- Betreuungsstadträtin für die Innenstadt

Sandra Radue

Sprecherin für Schulen, Bildung, VHS und Sport

Ausschüsse, Gremien und Funktionen
- Bildungsausschuss
- Sportausschuss
- Städtepartnerschaftsbeauftragte für Bozen
- Betreuungsstadträtin für die Oststadt

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Es geht nicht um Anerkennung – Sie sollten mit Medaillen überschüttet werden. Jede und jeder.

Von Niklas Hauer

Minutiös und mit deutlichen Worten werden alle Maßnahmen des Eigenschutzes erklärt. Unser Einweiser legt sich selbst Kittel, Haube, FFP-2-Maske, Schutzbrille und Handschuhe an und erklärt für jeden Schritt, was zu beachten ist. Der Kittel wird hinten verschnürt. Vorne ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass er kontaminiert wird. Die Maske muss dicht sitzen, sodass sie sich beim Einatmen an das Gesicht andrückt und seitlich keine Luft einströmen kann. Die Schutzbrille sitzt dort, wo sie sitzt. Vorsicht braucht es auch bei jeder Maßnahme, um sich nach einem Einsatz wieder von der Schutzausrüstung zu befreien. Mit den Handschuhen berührt man sich niemals selbst mit der möglicherweise kontaminierten Seite. Auch beim Ausziehen der Handschuhe ist darauf zu achten, sich nicht mit der Außenseite zu berühren. Nach jedem abgelegten Teil der Schutzausrüstung wird eine Desinfektion der Hände und Unterarme durchgeführt, bei der diese 30 Sekunden lang nicht trocknen. Auf die Handschuhe folgt der Schutzkittel, der hinten aufgerissen und in einen Müllbeutel abgelegt wird. Schutzbrille und FFP-2-Maske werden am Hinterkopf berührt und mit geschlossenen Augen über den Kopf nach vorne gezogen. Der Beutel wird zugeklebt, Hände desinfiziert und der Einsatz ist erledigt.
Infektionsschutz braucht Konzentration und Planung. Alles muss im Voraus bereit sein. Routine, Ungeduld und Angst sind gefährliche Gegner. Windverhältnisse sind zu beachten. Kontaminierte Schutzausrüstung wird niemals in den Beutel gestopft, weil auf diese Weise Luft entweichen kann. Gerade die Schleimhäute, also Mund, Nase und Augen müssen vor einer Infektion mit dem Corona-Virus geschützt werden. Das Virus ist nicht besonders widerstandsfähig, kann aber zu schweren Infektionen führen, wenn es in Mund, Nase oder Augen gelangt. Bei schwerem Krankheitsverlauf befällt das Virus die Zellen des Lungengewebes, zerstört sie und verursacht eine schwere Lungeninfektion. Zellen platzen und Wasser tritt aus. Erkrankte ersticken an ihrer eigenen Flüssigkeit in der Lunge, müssen intubiert und auf komplizierte Weise mit hohem Druck beatmet werden, sodass das Wasser sich einigermaßen zurückdrängen lässt. Das will wirklich niemand haben.
Wir haben uns bereit erklärt, die Genesenen wieder nach Hause zu fahren. Wir haben Angst und Respekt, weil man das Virus auch nach der Genesung noch haben kann. Das Risiko einer Infektion ist für uns gering, aber höchste Vorsicht ist trotzdem geboten. Alle Mitarbeiter im Rettungsdienst und in den Krankenhäusern sind noch mehr in Gefahr. Sie betreuen und behandeln Erkrankte, passen auf sie auf, während sie Fieber haben oder künstlich beatmet werden. Um mit dieser Herausforderung umzugehen und professionell zu handeln, ist der Umgang mit den eigenen Gefühlen die einzige Lösung. Ängste müssen überwunden werden. Für Ablenkungen ist keine Zeit. Unsere Heldinnen und Helden sind aufmerksam, konzentriert und führen durch, für was sie ausgebildet wurden.
Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist das so. Die Behandlung infizierter Patienten ist keine Ausnahmesituation, sondern das täglich Brot von medizinischem Fachpersonal. Ärztinnen und Ärzte, Sanitäter, Alten- und Krankenpfleger und -pflegerinnen und alle anderen sind im Dauereinsatz dabei, andere trotz der Risiken zu schützen und ihnen zu helfen. Sie sind Krisenmanager unserer Gesellschaft. Ihre Arbeit gehört zu den ehrenwertesten überhaupt.
Es kann in dieser Situation kein höheres Ziel, als die Gesundheit geben. Niemand will ohne Möglichkeit, beatmet zu werden, am Erstickungstod sterben. Alle anderen Kriterien sind irrelevant und stehen auch nicht zur Diskussion. Für die Politik bedeutet es, dass würdevolles Verhalten durch Demut entsteht. Es ist keine Zeit für eigensinnige Profilierungen und Stolz. Persönliche Freiheiten und Eigeninteressen müssen jetzt hintenanstehen. Es ist an der Zeit, sich vor unseren Krisenmanagern an vorderster Front zu verneigen.

Aus dem Bauch gesprochen:

Hat sich der Liberalismus schon historisch überholt?

Treten wir gerade ein in eine diktatorische Welt des Digitalen?

Gedanken zu Adam Soboczinskis Beitrag „Made in China“, ZEIT Nr. 15 2020

Von Monika Fath-Kelling

Dass diese digitale Welt mit ihrer „tertium non datur“- Logik, mit der ihr innewohnenden
binären 1-0-Unbedingtheit, die jedes „Vielleicht“, jede Unschärfe, jedes Nebeneinander diskreditiert, ja verunmöglicht, zum bislang grausamsten Werkzeug der Egalisierung werden würde, haben viele, vor allem Alte und Künstler von Beginn an klar gesehen.
Doch allzu verlockend waren und sind die Verheißungen dieser nerdigen Nische: berauschend schnell, süchtig machend verspielt, immer hinführend auf

eine „klare Entscheidung“. Das streng fokussierte immer „schneller-schneller“ hat die in biologischen Zeiträumen funktionierende Hirnstruktur des Menschen jetzt schon überholt und vermeintlich „abgehängt“.
Wer sich von dieser digitalen Welt ganz gefangen nehmen lässt, zahlt mit einem großen Teil seiner Menschlichkeit. Die Durchdigitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum ist kein Allheilmittel und sicher auch kein Weg zu allgemeiner Seligkeit. Als Werkzeug möchte ich Computer trotzdem keinesfalls missen. Aber sowenig ein Hammer dazu taugt soziale Probleme zu lösen (es sei denn ich schlage jedem, der mir krumm kommt, den Schädel damit ein), taugt die totale Digitalisierung langfristig als Herrschaftsinstrument.
Der unverhohlene amerikanische Imperialismus des 20. Jahrhunderts, seine Verlogenheit, Habgier, gipfelnd in einem Präsidenten Trump, “hat fertig“. Als Treppenwitz der Weltgeschichte marginalisiert gerade „big data“ den amerikanischen Mythos und die „westlichen Werte“, und fordert Amerikas Hegemonialanspruch heraus. Ja, und vielleicht werden wir sogar so etwas wie Glück beim Eintritt in die digital-zentralistische „Chinesische Ära“, dem Ende der politisch und medial gehypten Polarisierung westlichen und östlichen Herrschaftsgebarens, empfinden. Das ist aufgrund der menschlichen Struktur sogar stark anzunehmen.
Aber erst dann wird es kulturell wieder interessant! Wenn Ruhe und Entschleunigung mangels „Gegnerschaft“ eintritt, wenn dann die neue „Normalität“ einkehrt.
Meine Hoffnung ist, dass sich die völlig eskalierte Digitalisierung dann zu dem zurück entwickeln wird, was sie ist: nämlich nicht mehr und nicht weniger als ein Werkzeug unter vielen Werkzeugen, das einem menschlichen Leben hilfreich sein kann.
Schade, dass ich schon so alt bin. Wie das weitergeht würde mich wirklich noch interessieren.

Aus dem Bauch gesprochen:

Für eine neue Friedenspolitik Es war einmal … 2010 ein Bundestagsbeschluss …

Von Monika Fath-Kelling

und 10 Jahre später ein Artikel in der ZEIT N° 20/2020 vom ganz strammen Transatlantiker Josef Joffe. In dem lobpreist er die „reale Sicherheitspolitik“ Helmut Schmidts über den grünen Klee, der zusammen mit Fritz Erler „das gebrannte deutsche Kind mit der hässlichen Theologie der atomaren Abschreckung vertraut machte“. Dieses letzte Zitat ist es wert, dass man es sich in mehrfacher Hinsicht auf der Zunge zergehen lässt.
Da wäre ad 1 „das gebrannte deutsche Kind“. Soll das assoziieren, dass der „kleine naive Adolf, ein Kindskopf halt, mit Streichhölzern gespielt - und OH NEIN! - den ganzen Weltenbrand entfacht hat? Diese Sicht der Dinge kommt m.E. gleich nach dem Verharmlosen der NS-Zeit als Vogelschiss. Aber was kann Herr Joffe schon für die Assoziationen seiner Leser? Da ist er ganz und gar unangreifbar! Er spielt nur gekonnt die Argumentationsstrategie der Identitären Bewegung.
Gefolgt wird diese Metapher des gebrannten Kinds von der eleganten Phrase der „hässlichen Theologie der atomaren Abschreckung“. Theologie, so sagt man, sei die Lehre über Gott und seine Welten des Glaubens. Gibt es da auch eine hässliche Variante von dieser Logelei? Eine Wissenschaft deren Endergebnis auf mosaischen Steintafeln „veröffentlicht wurde“, ist laut Definition des Begriffs Wissenschaft keine solche. Wissenschaft hat immer ergebnisoffen zu sein. . Theologie ist es nie. Auch wenn diverse Bischöfe, wie Herr Joffe, die Zusammengehörigkeit von Glauben und Wissen beschwören, so ist bei Licht betrachtet, die „Zusammengehörigkeit“ eher parasitärer Natur: das Wissen als Wirt, der Glaube parasitär vom Wirt abhängig, nämlich sein Auskommen saugend.
Der Knaller aber kommt noch: hässliche Theologie der „atomaren Abschreckung“. So wie Gott zum letzten Gericht blasen lässt und die Rechtgläubigen rettet, errettet die „atomare Abschreckung“ -ganz in theologischer Manier- ihre Gläubigen allein durch den Glauben an die Wirksamkeit dieser Abschreckung vor den atomaren Höllenfeuerqualen. Diese Phrase kommt zwar elegant daher, ist aber im Kern pervers: Die an die Abschreckung Glaubenden werden aus ihren Ängsten vor einem atomaren Desaster „errettet“,sind aber genau so wenig vor dem atomaren Desaaster gefeit wie diejenigen, die nicht an die atomare Abschreckung glauben. Brillant Joffe!
Und schon zwei Sätze später: die saftige Sottise von den „SPD-Granden, wie der Co- und Fraktionschef, Norbert Walter Borjans und Rolf Mützenich“, die den „stumpfen Sockel der nuklearen Teilhabe abschleifen“. Wohlgemerkt ist der ganze Artikel an dieser Stelle noch keine viertel Spalte lang und trieft nur so von Häme. Der stumpfe Sockel seien „20 US-Atombomben in deutschen Bunkern“ Gefühlt nach Joffe also eher Kleinkram....
Was eine davon anrichten kann war immerhin schon zweimal zu bewundern: Hiroshima und -schlimmer noch da man die Bestialität der „Waffe“ schon kannte- Nagasaki. Die industrialisierte Massenvernichtung von Millionen Menschen durch unser „gebranntes Kind“ war (und bleibt hoffentlich) ein mit nichts zu vergleichendes Verbrechen an der Menschheit. Auch Atomsprengköpfe sind auf ihre eigene Art „unvergleichlich“, denn sie töten nicht nur in der Gegenwart grausam und unerbittlich, sondern verstrahlen noch eine lange Zukunft. Angesichts dieses Vernichtungspotentials von „Verteidigungswaffen“ zu schwadronieren müsste sich ebenso verbieten, wie die Leugnung oder Verharmlosung von Naziverbrechen.
Herr Joffe schreibt -ganz eiskalter Krieger mit dem Stift- dass den „Schachmeister Putin“ eine derartige „Fahnenflucht der Deutschen freuen“ würde. Ich jedenfalls habe mich bisher nie einer Fahne untergeordnet, von der ich fliehen könnte oder müsste. Aber Herr Joffe

sagt, es ginge ihm hier nicht um „Erbsenzählerei“ sondern um „große Politik“. Durch „Frieden schaffen ohne Waffen“ würde nur das „moralische Hochgefühl gestärkt“, doch das würden „die Kreml-Strategen den Deutschen nicht lohnen“. „Auch wenn Deutschland die B-61-Bomben verbannt“ bleibe es Zielscheibe „wegen der gewaltigen Feuerkraft der US-Basen“. Ganz das Motto des totalen Kriegs: lieber gleich atomar untergehen als nur konventionell kaputt. Kaputt ist nur diese Denke. Und die sollte sich eigentlich seit Goebbels Rede vom totalen Krieg erledigt haben.
„Es müssten ja dann auch die US-Basen weg“ sorgt sich Herr Joffe, was bedeute: „Goodbye Uncle Sam“. Ein „deutscher Sonderweg an dessen Ende die Neutralität und das Ende der Nato lauern“!
Er meint, wir Deutschen sollten doch lieber das gebrauchte „Schnäppchen“ wählen, die 30 F-18- Jets a 70 Millionen Dollar, welche unsere „musealen Tornados“ ersetzen sollen. „Abschreckung zum Diskount-Tarif“. Sozusagen wie beim Versicherungsvertreter die Police: unterschreiben sie jetzt sofort, denn nur dann kann ich ihnen diese unglaublichen Rabatte einräumen... Glahaube mir sang auch schon die Schlange K im Dschungelbuch. Einen etwaigen Gedanken vom französischen Atomschirm zu profitieren, treibt er umgehend aus: denn da würde nur das „amerikanische gegen das französische Teufelszeug“ ausgetauscht und an Deutschlands Status als „Zielscheibe“ würde sich sowieso nichts ändern.
Zu guter Letzt würde sich eh alles an „Politik und Psychologie“ entscheiden. Diese beiden, die große Politik und die Psychologie, verböten aber Deutschland einseitig abzurüsten. Putin, der harte Hund würde „zielstrebig zulegen und den Druck auf das Bündnis verschärfen“. Wir müssen es machen wie Putin, von Putin lernen, denn wer bei „Verhandlungen ohne Spielchips am Tisch erscheint wird nicht lange durchhalten, geschweige denn den Pott abräumen“.
Hoppla, jetzt ist die Katze doch noch aus dem Sack! Herr Joffe hofft den Pott abzuräumen. Lieber abräumen als abrüsten...
Die Denkweise, die solchen Vergleich im Zusammenhang von Krieg und Vernichtung benutzt, denkt nicht „strategisch“ sondern zynisch, menschenverachtend und damit verbrecherisch.
Der Bundestagsbeschluss von 2010 fordert den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland. Er wurde bis heute nicht mehr angefasst, geschweige denn umgesetzt.
Warum eigentlich nicht?

Von Bonn nach Berlin: Parteien im Wandel

Auf der Überholspur: die Grünen

Von Mark Schuster

Mit einer Koalitionsaussage der seltenen Art verbeugt sich kaum verklausuliert der Große vor dem Kleinen. „Wer sich den Erfolg der schwarz-grünen Landesregierung fortsetzen will, muss mit beiden Stimmen CDU wählen“, beschloss der CDU-Bundesvorstand im Herbst 2018 als Wahlaufruf für die Landtagswahl in Hessen. Nicht der kleine Partner hängte sich an den großen an, um Stimmen von Anhängern des Partners zu sich herüberzuziehen. Sondern umgekehrt wollte der große Partner von der Beliebtheit und dem Ansehen des kleinen profitieren, um sich das Amt des Regierungschefs zu sichern. Zehn Jahre zuvor hatte die hessische CDU ihren Wahlkampf gegen die Grünen noch mit dem Motto geführt, es seien „die Kommunisten“ zu stoppen. So ändern sich die Zeiten und die Parteien mit ihnen. Eigentlich gehörte der neuere Wahlaufruf als Dokument der Zeitgeschichte ins Deutsche Ledermuseum in Offenbach.
Nicht der CDU nutzte der Aufruf, sondern den Grünen. Die CDU, die 15 Jahre zuvor noch 48,8 Prozent bekommen hatte, verlor mehr als elf Punkte und landete bei 27 Prozent. Die Grünen stiegen um fast neun Punkte auf 19,8 Prozent und wurden zweitstärkste Partei in Hessen, wenn auch mit einem denkbar kleinen Vorsprung von 66 Stimmen vor der SPD. Die schwarz-grüne Koalition des CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier und seines Stellvertreters Tarek Al-Wazir konnte fortgesetzt werden. Auf ungewöhnlich geräuschlose Weise hatten sie zusammengearbeitet, ganz anders als die große Koalition in Berlin, deren interne Auseinandersetzungen Bouffier für das schlechte Abschneiden seiner Partei verantwortlich machte. Am Tag nach der Hessen-Wahl kündigte Angela Merkel an, nicht länger CDU-Vorsitzende bleiben zu wollen.

Am Anfang ein Sammelsurium von vielen politischen Richtungen

Eine Fülle politischer Häutungen haben die Grünen hinter sich. Als Bundespartei 1980 gegründet, bezeichneten sie sich zwar eine „Anti-Parteien-Partei“. Doch als Ort der Gründung hatten sie, ganz nach Maßstäben der herkömmlichen Parteien, Karlsruhe ausgewählt, weil in Baden-Württemberg Landtagswahlen bevorstanden. Ein wildes Sammelsurium unterschiedlicher Gruppen und Grüppchen waren sie, darunter Linksradikale vom Kommunistischen Bund oder vom Bund Westdeutscher Kommunisten. Frühere Sozialdemokraten wie Petra Kelly waren Gründungsmitglieder, außerdem ehemalige CDU-Mitglieder wie der Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, die vor dem ständigen Wirtschaftswachstum warnten. Selbst ältere Männer aus einem deutschnationalen

Spektrum waren dabei. Die sog. sozialen Bewegungen für Umweltschutz und Frauenrechte, gegen Aufrüstung und Atomenergie bildeten den Humus der Partei. Die Generation der 68er dominierte und übernahm das Regiment. Trotz aller Auseinandersetzungen zog die Partei 1983 in den Bundestag ein. Zehn Jahre lang fochten sie interne Auseinandersetzungen aus: Ob das demokratisch legitimierte Gewaltmonopol des Staates akzeptiert werden dürfte; ob der Atomausstieg sofort oder schrittweise zu vollziehen sei; ob es angemessen sei, sich an Regierungen zu beteiligen. Nichts war selbstverständlich.
Viele Sozialdemokraten aber hielten die neue Partei für ein Versehen der Geschichte. Die Grünen seien eine „Ein-Punkt-Partei", programmatisch nicht gefestigt und allein durch ihren Widerstand gegen die Politik Helmut Schmidts entstanden. Und über eine ausreichende Verankerung in der Bevölkerung würden sie auch nicht verfügen. Als ungezogene Kinder der Sozialdemokratie wurde sie angesehen und behandelt. Welch ein Irrtum. Die neue Konkurrenz verfügte zwar nicht über die Personalstärke einer Volkspartei, über ein entsprechend breites Spektrum von Wählern und Mitgliedern aber sehr wohl. In den feinen Wohngegenden wurden die Grünen ebenso überproportional gewählt wie in den Studentenvierteln. Öko-Landwirte standen von Anfang ebenso in ihren Reihen wie Computer-Freaks, also Vertreter aufsteigender Branchen. Nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 wandten sich Teile des linksliberalen Flügels der FDP den Grünen zu. Vormals in der katholischen Jugendarbeit Engagierte, die früher ihren Weg in die CDU gefunden hätten, stiegen bei den Grünen auf.

Erste Erfolge

Mit dem Austritt der Führungsleute des linksradikalen „fundamentalistischen" Flügels um Jutta Ditfurth und Rainer Trampert fand der erste Gärungsprozess um 1990 herum seinen Abschluss. Die sog. Realpolitiker unter ihrem Anführer Fischer hatten sich durchgesetzt. Die Grünen standen für Regierungsbeteiligungen zur Verfügung, freilich nur mit der SPD. Früh gab es in Hessen und Niedersachsen rot-grüne Koalitionen, dann auch in NRW und schließlich im Bund. Fischer aus Hessen wurde Außenminister, Jürgen Trittin aus Niedersachsen Umweltminister und Renate Künast aus Berlin Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Mit dem Ende der Regierung Schröder/Fischer 2005 war auch die rot-grüne Ära vorüber. Oppositionsjahre im Bund und den Ländern folgte.
Die Schwäche der SPD wurde für den Grünen zu einem machtpolitischen Dilemma. Schwarz-grüne Optionen, die bis dahin bloß einer Minderheit der Grünen um Winfried Kretschmann denkbar erschienen waren, gewannen an Zuspruch. Noch aber dominierten die Gründungsmythen von Rot-Grün, im Bundestag repräsentiert von den Fraktionsvorsitzenden Künast und Trittin. Sogenannte Linke und sogenannte Realos beharkten sich, obwohl sie längst keine ideologischen Auseinandersetzungen mehr führten. Schritt für Schritt kehrten die Grünen auf Länderebene in rot-grüne Landesregierungen zurück. In Baden-Württemberg wurde mit Winfried Kretschmann sogar ein Grüner Ministerpräsident. An so vielen Landesregierungen waren die Grünen schließlich beteiligt, dass im Bundesrat nicht mehr gegen sie entschieden werden konnte. So legten es die Klauseln in den Koalitionsverträgen fest, nach denen sich eine Landesregierung bei Entscheidungen im Bundesrat der Stimme zu enthalten habe, falls sich die Koalitionspartner nicht verständigen könnten.

Grüne zwischen SPD und CDU

Die CDU wiederum umwarb die Grünen. Merkel und andere in der Parteiführung zeigten sich schwarz-grünen Bündnissen gegenüber aufgeschlossen. Auch Horst Seehofer war nach der Bundestagswahl 2013 bereit, eine schwarz-grüne Bundesregierung zu bilden. Diese Mal noch weigerten sich die Grünen wegen politischer Bedenken und aus Sorge, das grüne Personal könnte dem neuen Bündnis nicht gewachsen sein. Seither sagen Merkel, Seehofer und Kauder, Künast und Trittin hätten es verhindert. Dadurch verloren beiden in der Bundespartei wie auch in der Fraktion an Einfluss. Die letzten Repräsentanten der Gründergeneration der Grünen machten den Jüngeren Platz.
Während im Bund eine große Koalition zustande kam, wurde zeitgleich in Hessen von Bouffier und Al-Wazir die erste schwarz-grüne Landesregierung gebildet. So kongenial wirkten die beiden zusammen, dass sie ein Vorbild für andere Bundesländer und auch den Bund abzugeben meinten. Nicht Rechte und Linke trafen aufeinander, sondern konservatives und links-liberales Bürgertum. 2016 kam auch in Baden-Württemberg ein solches Bündnis zustande. Nicht von der Bundespartei, sondern von den Landesregierungen ging die Ausweitung des Koalitionsspektrums aus: von Schwarz-Grün, über Ampel, Jamaika oder Rot-rot-grün bis hin zur Kenia-Koalition. Die Grünen konnten mit allen Parteien – außer der AfD selbstverständlich. Nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 waren die Grünen auch im Bund bereit, was allerdings an den Liberalen der FDP scheiterte.

Grüne Politik ist angesagt

Keiner der vier Jamaika-Parteien profitierte von der Entscheidung der FDP so sehr wie die Grünen. Ein schier unglaublicher Aufstieg folgte. Bei der Bundestagswahl waren sie auf 8,9 Prozent gekommen, stellten die kleinste Fraktion und behielten die alte Führung Göring-Eckhardt und Hofreiter. Ein Jahr später war vieles anders. An der Spitze der Partei standen nun Robert Habeck und Annalena Baerbock. Erstmals war die Links-Rechts-Quote außer Kraft gesetzt. Dermaßen gut gestaltete sich deren Arbeitsverhältnis, dass sie sich ein Büro teilten. Neue Gesichter in der Bundespolitik waren sie auch.
Ein Jahr nach der Bundestagswahl standen die Grünen in den Sonntagsfragen mit fast 20 Prozent als die zweitstärkste Kraft da, hinter der Union und deutlich vor der SPD. Weder schlossen sie in künftiges Bündnis mit der Union aus noch eines mit den Sozialdemokraten. Sogar die bayerischen Grünen hatten mit dieser Haltung Erfolg und holten hinter der CSU den zweiten Platz bei einem Zuwachs von 8,6 Prozentpunkten auf 17,5 Prozent. Schon besagten Analysen, die Grünen seinen auf dem Weg zu einer wirklichen Volkspartei. Dass mit Ansehen und Beliebtheit nicht zwangsläufig die Übernahme von Regierungsverantwortung verbunden ist, erfuhren sie in Bayern auch. Sie wurden darüber freilich nicht verbittert und betreiben eine Opposition mit fröhlichem Gesicht. Ausländische Beobachter wiesen darauf hin, dass der Aufstieg der Grünen 2018 nicht nur ein deutsches Phänomen ist. In den Parlamentswahlen in Luxemburg kamen sie auf 15 Prozent bei fünf Punkten Zuwachs, in Europas Hauptstadt Brüssel legten sie sogar um 10 Prozentpunkte zu.

Von Bonn nach Berlin: Parteien im Wandel

Auf Höhen und auf Abwegen: die FDP

Von Mark Schuster

Zeiten gab es, da gehörte die FDP zum Inventar der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland, oder genauer: der Bonner Republik. Der erste Bundespräsident: Theodor Heuss, FDP. Niemand war so lange Bundesaußenminister wie Hans-Dietrich Genscher, FDP – 18 Jahre lang. 40 Jahre lang hatte die Bundesregierung ihren Sitz am Rhein, 32 Jahre davon saßen FDP-Bundesminister mit am Kabinettstisch. FDP-Politiker trugen zum Aufstieg und zum Ende der Kanzlerschaft Konrad Adenauers bei. Sie machten mit Gustav Heinemann den ersten Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten. Sie brachten Willy Brandt ins Kanzleramt und 13 Jahre später Helmut Kohl. Die FDP überlebte den Vorwurf des Umfallens und selbst den des Verrats. Von den vielen kleinen Parteien, die 1949 den ersten Bundestag angehörten, blieb sie als Einzige übrig.

FDP als Zünglein an der Waage

Vom Drei-Parteien-System wurde jahrzehntelang gesprochen, und die dritte war die FDP. Dass bei der Bildung von Bundesregierungen die 6 wichtigsten Bundesministerien (Justiz, Inneres, Finanzen, Außen, Verteidigung und Wirtschaft) in aller Regel nicht in die Hände derselben Partei gelangten – die FDP setzte es durch. Ein weiterer Erfolg der Liberalen: die Bildung von regelmäßig tagenden Koalitionsausschüssen. Ihr politisches Spektrum reichte vom Nationalkonservativen über Marktliberale bis hin zu Linksliberalen. Sie konnte für sich in Anspruch nehmen, ihre jeweiligen Bonner Koalitionspartner politisch in der Mitte gehalten zu haben. Der Schwanz wedele mit dem Hund, sagten die Missgünstigen.

Ende der 70-jahre stand im Raum, die FDP mittels einer Änderung des Wahlrechts zu beseitigen. Union und SPD hatten sich bei der Bildung der großen Koalition von 1966 schon auf die Einführung des Mehrheitswahlrechts verständigt, was damals das sichere parlamentarische Aus der FDP nach sich gezogen hätte. In letzter Sekunde besann sich die SPD eines aus ihrer Sicht Besseren und bildete mit der FDP die sozialliberale Koalition, die dem Zeitgeist entsprach: Schluss mit dem Muff der Adenauer-Ära, auf zu neuen Ufern in der Gesellschaftspolitik! Seither befasste sich niemand mehr ernsthaft mit einer grundsätzlichen Änderung des Wahlrechts. Die Einführung des Mehrheitswahlrechts hätte, aller Voraussicht nach, das Entstehen der Grünen verhindert – und auch der Linkspartei und der AfD. Heute würde es eine 2/3-Mehrheit der Union einbringen. Somit hat die FDP das politische System maßgeblich dazu befähigt, auf neue Entwicklungen einzugehen und Erstarrung zu vermeiden. Doch Dank ist keine politische Kategorie. Parteien werden nicht vergangener Erfolge wegen gewählt.

Erste Krise

Die Beendigung der sozialliberalen Koalition 1982 hatte für die FDP fatale Folgen. Der linksliberale Flügel wurde geschwächt, vieler seiner Anhänger traten in die SPD ein. Auch die Grünen besetzten dieses Terrain. Die FDP wurde zu einem wirtschaftsliberalen Anhängsel der CDU. Als sie sich 1999 nach Berlin aufmachte, war sie geschwächt wie nie zuvor. Erstmals seit 30 Jahren befand sie sich im Bundestag in der Opposition. Wolfang Gerhardt, der Partei- und Fraktionsvorsitzende, war umstritten. Er verkörperte die Vergangenheit. Weil der Grundsatz „keine Koalition in der Opposition“ aufkam, stand die FDP auch noch vor der Herausforderung sich gegen den alten Partner profilieren zu müssen. Der allerdings nahm keine Rücksicht mehr die FDP. Merz und Merkel stärkten das wirtschaftsliberale Gedankengut in der CDU. Das zweite politische Standbein der FDP wurde geschwächt.

In den Reihen der Liberalen gab es kaum noch Politiker, die dagegenhalten konnten. Das intellektuelle Milieu wandte sich ab. Stattdessen wurden Intrigen ausgebrütet und personalpolitische Querelen breitgetreten. Guido Westerwelle war davon der Profiteur. 2001, ein Jahr vor der Bundestagswahl, verzichtete Gerhardt auf den Parteivorsitz und Westerwelle wurde mit 39 Jahren Parteivorsitzender. Im anstehenden Bundestagswahlkampf wurde nach dem Gusto Westerwelles und Möllemans der Wahlkampf gestaltet: weitgehend inhaltsleer, aber mit Elementen aus der Werbewirtschaft. Ein „Projekt 18“ wurde entwickelt, was bedeuten sollte, die FDP strebe ein Wahlergebnis von 18% an. Westerwelle sollte gar als „Kanzlerkandidat“ wahrgenommen werden. Die FDP zog ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf. Die Altvorderen in der Partei hielten dies für unseriös. Trotz dem nicht schlechten Ergebnis von 7,4% reichte es für die Bildung einer schwarzgelten Regierung nicht.

Annus horribilis

Was folgte, war ein Jahr politischer und persönlicher Verheerungen, ein annus horribilis der FDP. Die FDP führte ein politisches Eigenleben und focht Kämpfe aus, die mit Politik nichts mehr zu tun hatten. Abermals ging es um Wolfgang Gerhardt. Der amtierte zwar als Fraktionsvorsitzender im Bundestag, stand aber unter dem permanenten Druck von Westerwelle, Möllemann und ihren Freunden. Die alten Vorwürfe, Gerhardt sei zu brav für die Oppositionsarbeit, wurden wiederholt. Während die Unionsparteien ihre Führungsstreitigkeiten beendeten und den Partei- wie den Fraktionsvorsitz in die Hände der amtierenden Bundeskanzlerin legten, kam die FDP nicht voran. Vor allem aber war die FDP mit der „Affäre Möllemann“ beschäftigt. Sie endete mit dem Tod des Politikers, der im Juni 2003 bei einem Fallschirmsprung ums Leben kam.

Noch vor der Bundestagswahl 2002 hatte Möllemann, damals Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag der NRW, die Palästina-Politik der israelischen Regierung kritisiert. Als Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft äußerte er Verständnis für palästinensische Selbstmordattentäter. Das tat in noch schärferer Form auch ein anderes Mitglied des NRW-Landtags, Jamal Karsli von den Grünen. Deine Debatte über Antisemitismus in der FDP schwappte nach Berlin. Karsli ging auf Druck der Grünen und wurde von Möllemann in die FDP-Fraktion aufgenommen. Mölle-

mann stand im Ruf eines Antisemiten. Westerwelle geriet unter Druck und forderte von Möllemann, sich von Karsli zu trennen. Dieser veröffentlichte allerdings ein Faltblatt, in dem der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon kritisiert wurde. Die Bundestagsparteien distanzierten sich. Nach Vorwürfen, Möllemann habe gegen die Parteienfinanzierung verstoßen, ging auch die Landespartei auf Distanz zu ihm. Die Bundestagsfraktion beschloss seinen Ausschluss.
Am selben Tag, als der Bundestag die Immunität Möllemanns im Juni 2003 aufhob, kam dieser bei einem Fallschirmsprung zu Tode. Möllemann hatte als Erster die Gnadenlosigkeit des politisch-medialen Komplexes in Berlin zu spüren bekommen. Jahre später waren Karl-Theodor zu Guttenberg und Christian Wulff betroffen. In Bonn kam Franz-Josef Strauß mit weit mehr im Grunde ungeschoren davon.

Neues Profil und neue Macht

Die Krisenbewältigung kostete Westerwelle viel Zeit und Mühe. Zwischenerfolge stärkten ihn. Gemeinsam mit Angela Merkel setzte er durch, dass Horst Köhler als Bundespräsident ins Schloss Bellevue einzog. Ein Zeichen sollte es sein, dass Unionsparteien und FDP bereit und fähig seien, eine Koalitionsregierung zu bilden. Merkel und Westerwelle führten Einvernehmen vor. 2005 reichte es abermals nicht. Die Unionsparteien schnitten zu schlecht ab, und die Zugewinne von Westerwelles FDP glichen die Verluste der Union nicht aus. Abermals hatte Westerwelle zu warten. Doch schon bald profitierte er von der Arbeit der großen Koalition. Die Unionsparteien hatten im Wahlkampf die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent angekündigt. Die SPD lehnte dies ab. Der „Kompromiss“ von Union und SPD spielte der FDP in die Hände: Die „Merkelsteuer“ wurde von 16 auf 19 Prozent erhöht.
Fortan profilierte Westerwelle seine Partei als „Steuersenkungspartei“, wie sich selbst heute noch profiliert. Er hatte Erfolg damit. Gut wie nie zuvor und viel besser als von ihr selbst erwartet schnitt die FDP bei der Bundestagswahl 2009 ab: 14,6 Prozent. Die Unionsparteien kamen auf 33,8 Prozent, hatten also nochmals an Zuspruch verloren. Dass Merkel nicht abermals auf ein Bündnis mit der SPD gewiesen war, lag allein an Westerwelles FDP. Gute zehn Jahre nach dem Ende der Ära Kohl in Bonn schienen sich Union und FDP im hergebrachten Traditionsbündnis wiedergefunden zu haben. Die alten Verhältnisse der Bonner Republik schienen erneuert.

Tiefschläge und Pannen

Der Schein trog. Die Partner von 2009 waren nicht mehr die von 1998. Nachdem Merkel mit der SPD gut zusammengearbeitet hatte, tat sich Merkel mit der FDP schwer. Die Unionsparteien litten zudem unter ihrem Wahlergebnis, das nun schon zum zweiten Male hintereinander das schlechteste seit 1949 war. Es müsse daran gearbeitet werden, dass die Union wieder in den Bereich der 40% kämen. Wer der Leidtragende zu sein hätte, war klar: die FDP. Der neuen FDP-Fraktion wiederum gehörten kaum noch regierungserfahrene Politiker an, aber dafür umso mehr Abgeordnete, die auf den Landeslisten weit hinten platziert waren und mit ihrer Wahl in den Bundestag gar nicht gerechnet hatte. Die jungen und ehrgeizigen Abgeordneten wussten, dass sie sich vor allem darum kümmern mussten, beim nächsten Mal auf ihrer Landesliste weiter vorne aufgestellt zu werden. Die Union lästerte auch gegen ihre FDP-Kollegen.
Natürlich hatte das Lästern der Unionsparteien über die FDP auch einen taktischen Hintergrund – es sollte vom Rücktritt des CDU-Ministers Franz Josef Jung ablenken. Nach seiner Versetzung ins Arbeitsministerium holte ihn die „Kundus-Affäre“ ein. Die Mängel und Widersprüche bei der Aufklärung der Gründe und Hintergründe wurden ihm angelastete. Als auch die neue Ministerin in diesem Amt, Ursula von der Leyen, ihrer Nachfolgerin als Frauen- und Jugendministerin Kristina Schröder gegenüber als Chefin auftrat, war die Stimmung in der CDU auf dem Tiefpunkt.
In der FDP aber herrschte ebenfalls Unzufriedenheit. Gemault wurde über Westerwelle. Westerwelle hatte zu entscheiden, welches Ressort er übernehmen würde. Nach langem Nachdenken hörte er auf Genscher und entschied sich für das Außenministerium. Das sei falsch, wurde der in der Partei gemault. Das Finanzministerium, das andere Ministerium im Blickfang der FPD, bekam Wolfgang Schäuble von der CDU, der fortan der FDP wissen ließ, so einfach sei es nicht mit den Steuersenkungen. Schäuble sorgte dafür, dass die FDP ihren Kompetenzvorsprung auch auf diesem Feld verlor. Eine weitere Personalentscheidung trug zur Unzufriedenheit der FDP bei: Dirk Niebel wurde Minister für Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit – ausgerechnet jenes Ministerium, dessen Auflösung die FDP und auch er persönlich gefordert hatten.
Weil politische Leitlinien fehlten, kam es immer schlimmer, wurde geholpert und gestolpert. Gleich zu Beginn der Zusammenarbeit verabschiedeten die neuen Partner ein Gesetzespaket, das sie Wachstumsbeschleunigungsgesetz nannten. Es enthielt eine Fülle schöner Dinge: mehr Geld für Familien, Erleichterungen für Unternehmen, Ausbau neuer Energien. Doch noch eine Sache wurde in dem Gesetz untergebracht, die sich als Bumerang erweisen sollte, nämlich eine Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe, die Mövenpick-Steuer. CDU-Politiker sagten, sie seien es nicht gewesen, sondern CSU und FDP. Da die CSU, wie bei jedem auftretenden Problem, auf Tauchstation ging, stand Westerwelle allein im Sturm.

Sich auf die Außenpolitik zu beschränken, fiel Westerwelle nicht ein. Als FDP-Vorsitzender musste er Generalist sein. Er fügte dadurch eine weitere Panne hinzu. In einem Artikel im Februar 2010 befasste er sich mit den Herausforderungen des Sozialstaates. Darin fand sich folgender Satz: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“. Er verhöhnte damit die Empfänger von Sozialhilfe, in der so tue, als lebten die Ärmsten der Gesellschaft in Saus und Braus. Ein Beitrag zum Profil der FDP als wirtschaftsliberale Partei war der Artikel nicht. Westerwelle hatte sich isoliert und wurde gesägt.

Neue Generation und absoluter Tiefpunkt

Drei junge Freunde taten sich zusammen: Philipp Rösler, Daniel Bahr und Christian Lindner, alle in ihren 30igern. Westerwelle sah neben ihnen als alter Herr aus. Das Ausscheiden der FDP aus Landtagen und Landesregierungen wurde ihm angelastet. Ihm fehle eben die Fortune. Westerwelle wehrte sich. Parteivorsitz und Vizekanzlerschaft gehörten in eine Hand, sagte er. Doch seine Position wurde schwach und schwächer. In der Fraktion wurde auch noch ein Vertrauensbruch zwischen Westerwelle und Merkel vermutet, weil die CDU die FDP schlecht behandele und von Infor-

mationen ausschließe. Ende 2010 gab Westerwelle auf.
Im Mai 2011 war es so weit. Die drei jungen Freunde kamen an die Macht innerhalb der FDP. Rösler stieg zum FDP-Vorsitzenden und Vizekanzler auf, Daniel Bahr Nachfolger Röslers als Gesundheitsminister, Lindner blieb hingegen Generalsekretär. Lindner sah anscheinend Schlimmeres kommen und verließ die Bundes-FDP in Richtung NRW. Westerwelle konnte Außenminister bleiben, unter einer Bedingung: Er sollte sich nicht zu innenpolitischen Vorgängen und Gegenständen äußern. Das Profil der liberalen Partei war auf Personalstreitigkeiten reduziert worden – wie das soziale Profil der SPD in den letzten Jahren.
Auf den relevanten Sachgebieten hatte die FDP keine eigenständige Position, und für die politische Erkennbarkeit fehlte ihr das Personal. In der Euro-Politik und der Rettung Griechenland wurde die FDP nicht gebraucht – weder in der Bundesregierung noch im Bundestag. Merkel und die Unionsparteien waren zufrieden. Empört waren sie allerdings, als Rösler zusammen mit der SPD und den Grünen Joachim Gauck als Bundespräsidenten durchsetzen konnte. Dies half der FPD allerdings nicht. Merkel aber fühlte sich hintergangen. Sie war ohnehin der Auffassung, die Zusammenarbeit mit der SPD sei besser, jedenfalls professioneller gewesen.
In der FDP brodelte es. Neben Querelen innerparteilich sackte die FDP auch noch in den Umfragen ab. Enge Mitarbeiter Merkels spotteten, FDP stehe für „Fast drei Prozent“. Im Wahlkampf kämpfte jeder für sich. Die Kanzlerin ließ ihrem Partner keinen Raum – anders als früher Helmut Kohl, woran die FDP vergeblich erinnerte. Bei der Landtagswahl in Bayern, eine Woche vor der Bundestagswahl, gewann die CSU die absolute Mehrheit und die FDP flog aus dem Landtag. Entsetzen erfasste die FDP in Berlin. Die CDU-Führung führ der FDP in ihrer Zweitstimmen-Kampagne auch noch in die Parade und veröffentlichte einen Wahlaufruf, in dem von der Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition nicht die Rede war. Nur Armin Laschet bemerkte: „Die Menschen haben irgendwo das Gefühl: Wir brauchen eine liberale Partei.“ Doch er verfolgte besondere Interessen. Gemeinsam mit der FDP wollte er eine Landesregierung bilden, was er 2017 auch schaffte.
Am Wahlabend erscholl bei der CDU überbordender Jubel. 41,5 Prozent der Stimmen bekamen die Unionsparteien – das beste Ergebnis der Union sei 1994. Bei der FDP aber gab es Trauer und Tränen. Erstmals seit 1949 verfehlte sie den Einzug in den Bundestag. Die FDP sah sich unter Wasser gedrückt. Selbst schuld, riefen manche aus der CDU. Ihre Beileidsbekundungen fielen schal aus. Massenhaft traten FDP-Führungspolitiker in Berlin zurück. Von Düsseldorf aus schaute Christian Lindner zu. Er musste nichts verantworten und von nichts zurücktreten. Im Alter von 34 Jahren wurde zum FDP-Vorsitzenden gewählt, nunmehr als jüngster FDP-Chef aller Zeiten. Vom Ende des organisierten Liberalismus wurde gesprochen. Lindner wurde zum Retter in der Not erkoren – und zum Alleinherrscher.
Als Alleinherrscher schaffte es Lindner, die FDP wieder in jedes Parlament zu führen. Auch in den Bundestag. Dort machte er Geschichte, da er vorsätzlich die Jamaika-Regierung vor deren Entstehen platzen lassen hat. Durch erhebliche Probleme in der Abgrenzung zur AfD, gerade in Thüringen, ist die FDP wieder in der Krise. Hier kann muss gefragt werden: Braucht es eine FDP noch?

Protokoll unserer Distriktversammlung von Mai 2020

Die nächste Sitzung findet am 09.06.2020 um 19:30 per Skype statt.

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.
Nachdem wegen Kommunalwahl und Corona die März und April Sitzung des Distrikts entfallen sind, war es dringend nötig wieder eine solche abzuhalten. Ab sofort finden diese wieder monatlich statt.

2. Informationen zum Kooperationsvertrag SPD/CSU
Der Vorsitzende hat den Weg zum und die Inhalte des Kooperationsvertrages vorgestellt. Anschließend fand eine ausführliche Diskussion darüber statt. Es wird dazu wohl im Juni eine KMV mit Wahlanalyse per Videotelefonie geben.

3. Besetzung der Ortsbeiräte 2020 -

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

2026
Die Besetzung der Ortsbeiräte Frauenaurach, Kriegenbrunn und Hüttendorf wurde besprochen und wie folgt an die Fraktion vorgeschlagen:
Frauenaurach: Elizabeth Rossiter und Stefan Greim | Vertreter werden noch gesucht
Kriegenbrunn: Jens Schäfer | Vertretung: Hartmut Wiechert
Hüttendorf: Aufgrund eines Überangebotes von CSU Interessenten wird der SPD Platz der CSU zur Verfügung gestellt.

4. Sonstiges
Die SPD Frauenaurach hatte vorübergehend ein neues Mitglied, welches leider nach kurzer Zeit die Partei wieder verlassen hat. Der Grund dafür ist noch unklar, da die Kommunikation abgebrochen ist.
Es fand eine Diskussion zur Frage statt, welches Tool für die zukünftigen Videokonferenzen genutzt werden soll. Es fand schließlich eine Eingung für Skype statt.
Die nächste Sitzung des Distrikts findet am 09.06.2020 um 19:30 per Skype statt. Die Einladung mit dem entsprechenden Link wird einige Tage vorab über den Verteiler verschickt. Es wird jeden Monat neu entschieden, ob ein Präsenzmeeting wieder möglich ist.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 16.06.2020, 19.00 Uhr Ort: Internet [Hinweise von Gert] oder Schlossgaststätte

Tagesordnung (Vorschlag):
1) Aktuelle Situation vor Ort, in der Stadt usw.
2) Bericht aus der Stadtratsfraktion (Andreas)
3) Situation Ortsbeirat (Ergebnis der Gespräche und Verhandlungen)
4) Planungen zum Ausflug im September: Realisierungsmöglichkeiten
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigung:
Distriktversammlung im Juli: 14.07.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 10.03.2020 in Tennenlohe

Top1: Bericht des Vorstands
Der Vorsitzende Rolf Schowalter eröffnet die Sitzung. Die Einladung wurde rechtzeitig verteilt und Tagesordnung wird angenommen.
Anwesend: 8 Mitglieder

Top2: Bericht des Vorstands
Rolf gibt seinen Bericht über die Aktivitäten des letzten Jahres. Der Distrikt hat momentan 29 Mitglieder (infolge von Zuzug ab 14.03.: 30). 2019 war Ulla Schnapper unerwartet verstorben. Rolf würdigt Ulla als sehr aktives und beliebte SPDlerin im Kreisverband. Die Anwesenden gedenken Ihrer in einer Schweigeminute. Eingetreten ist 2019 Lisbeth Jarosch. Es fanden 11 Distriktversammlungen statt, in denen die Themen STUB, Bundes-SPD-Vorstandsfindung und Kandidatenaufstellung diskutiert wurden. Referate wurden von Wilhelm Horn zum Thema „EU der Regionen“ und von Ulla Schnapper über „Glyphosat“ gehalten. Dieses Referat wurde posthum im Tennenloher Bote

veröffentlicht. Wahlkampf wurde 2019 für die Europawahl gemacht. In Vorbereitung der Kommunalwahl fand am 23. November ein Rundgang des OB Dr. Florian Janik in Tennenlohe statt. Ein Ausflug des Distrikts nach Bamberg und das traditionelle Gansessen im November erfreute die Distriktmitglieder und ihre Gäste.

Top3: Bericht des Kassiers
Gert Büttner gab einen kurzen Überblick über die Kassenlage des Vereins. Die Ausgaben überwogen zwar die Einnahmen um Euro 52,54, wodurch aber die finanzielle Situation des Distrikts nicht beeinträchtigt wird.

Top4: Bericht der Kassenprüfer
Kassenprüfer Klaus Speicher berichtet, dass er am 1. März mit Heidrun Schröder und Gert Büttner die Kasse geprüft hat. Die Kasse war hervorragend geführt. Klaus dankt dem Kassier Gert für seine Arbeit.

Top5/6: Aussprache und Entlastung
Da zur Aussprache keine Wortmeldung vorlag, wurde Kasse und Vorstand auf Antrag von Klaus Speicher einstimmig entlastet.

Top7: Planungen für das laufende Jahr
Die Vorbereitung für die Kommunalwahl sind weitgehend abgeschlossen. Der Distrikt hat sowohl Tennenlohe als auch Ost-Eltersdorf flächendeckend mit Wahlkampfmaterial versorgt. Für Tennenlohe wurde eine TB-Wahlkampf - Sonderausgabe erstellt. Für Mai ist eine neue Ausgabe das TB zu den Wahlergebnissen u.a. geplant.

Protokoll der ersten virtuellen Distrikt-Versammlung vom 12.05.2020 in Tennenlohe

Der Distrikt Tennenlohe trifft sich zu seiner ersten Online-Versammlung. Gert Büttner hat eine Einladung über Jitsi verschickt, an der 9 Mitglieder teilnehmen.
Der Vorsitzende Rolf Schowalter führt - wie gewohnt – durch die Sitzung.

Top1: Bericht zum Stadtrat
SPD und CSU haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die eine enge Abstimmung der Politik im Stadtrat beinhaltet. Als wesentlicher Teil der Vereinbarung wird der CSU der Posten eines Bürgermeisters zugestanden, dem das Sportamt, der Brand- und Katastrophenschutz und der Zweckverband Abfall-wirtschaft zugeordnet sein soll. Als durchaus kritisch wird die Tatsache gesehen, dass zukünftig die Entwicklung des Bereichs Siemens Mitte und das Vorschlagsrecht für den Aufsichtsratsvorsitz der Gewobau von der CSU dominiert wird. Der Distrikt bedauert, dass die Grünen/Grüne Liste aus den Koalitionsverhandlungen ausgetreten ist und Verhandlungen mit den anderen demokratischen Parteien ebenfalls gescheitert sind. Das Angebot an die GL, einen Referatsleiter für ein neues Referat für Umwelt und Klimaschutz zu benennen, ist ein gutes Zeichen dafür, auch weiterhin eine erfolgreiche Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien im Stadtrat zu befördern.
Aktuell werden die Stadtratssitzungen im Internet übertragen. Gert bedauert jedoch, dass die Sitzungen wohl nur sehr kurze Zeit zu sehen sind.

Top2: Ortsbeirat Tennenlohe
Im neuen Ortsbeirat hat die CSU bei genau dem gleichen Ergebnis wie 2014 aufgrund des neuen Verfahrens die Möglichkeit, 3 Vertreter statt 2 zu entsenden und fordert deshalb den Vorsitz in dem Gremium. Bei der Wahl zum Vorsitzenden im 7er Gremium wird sich Rolf Schowalter erneut bewerben und sieht gute Chancen zu gewinnen.
Da die Gleichstellungsbestimmungen der Partei eine Frau als zweites Mitglied der SPD im Ortsbeirat vorsehen, stellt sich Gertrud Reich Schowalter zur Wahl. Gert Büttner soll ihr Stellvertreter werden. Die erste Sitzung des neuen Ortsbeirats wird für Juni oder Juli erwartet.

Top3: Tennenloher Bote
Der nächste Tennenloher Bote (Ausgabe Nr.: 101) wird kurz vorgestellt, er wird in Kürze in Druck gehen und soll noch im Mai verteilt werden. Rolf bedankt sich bei den zahlreichen Beitragenden. Die sichere Verteilung des Boten ist auch in Coronazeiten gewährleistet.

Top4: Sonstiges
Die Distriktmitglieder unterhalten sich angeregt über Coronazeiten.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Distrikt West nun mit weiblicher Doppelspitze

Am 19. Februar fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Distrikts West mit Neuwahl des Vorstands statt.
Im Rechenschaftsbericht blickte der bisherige Vorsitzende Tobias Körber auf ein durchaus erfolgreiches Jahr zurück. Abgesehen von ferienbedingten Pausen im April und August wurde jeden Monat eine Mitgliederversammlung im Distrikt abgehalten, die mit 8 bis 16 Teilnehmer*innen gut besucht waren. Neben lokalen Themen wie der Umstrukturierung der katholischen Kirche vor Ort, der Bürgerbeteiligung zum Stadtteilhaus West sowie Planungen zum Nahversorgungszentrum Büchenbach befasste sich der Distrikt mit den aktuellen Entwicklungen in der Bundespartei, insbesondere dem neuen Sozialstaatspapier des Parteivorstands sowie der Wahl einer neuen Parteispitze.
Darüber hinaus war die Distriktsarbeit im letzten Jahr stark durch den Kommunalwahlkampf geprägt. Der Distrikt West hatte zum Wahlkampf eine Aktion mit Glühwein und Waffeln am Rudeltplatz gestartet. Außerdem wurde ein Lastenrad angeschafft, das auch außerhalb des Distrikts im Kommunalwahlkampf regen Einsatz fand. Einige Mitglieder des Distrikts beteiligten sich zudem sehr aktiv an den Wahlkampfaktionen des Kreisverbands (Infostände in der Fußgängerzone, Haustürwahlkampf, Plakatierung, Hausverteilungen).
Da Tobias Körber sein Amt als Vorsitzender abgeben wollte, musste Nachfolge gefunden werden. Felizitas Traub-Eichhorn und Katrin Hurle erklärten sich bereit, den Distriktvorsitz in Form einer Doppelspitze zu übernehmen. Felizitas war bisher Mitglied im Stadtrat und hatte innerhalb der Fraktion die Funktion der verkehrspolitischen Sprecherin inne. Katrin ist im Stadtteilbeirat Alterlangen vertreten und kümmert sich dort in erster Linie um die Begleitung der Planungsprozesse zur Stadtumlandbahn. Durch die Wahl der neuen Vorsitzenden sind nun also die beiden größeren Stadtteile im Westen - Alterlangen und Büchenbach - in der Distriktspitze vertreten, so dass künftig die Belange beider Stadtteile gut in den Blick genommen werden können.
Als stellvertretende Vorsitzende wurden Sonja Ermann, Susanne Korte, Wolfgang Eichhorn, Tobias Körber und Stefanie Buerbank gewählt. Die Funktion des Schatzmeisters wird weiterhin von Philipp Dees übernommen. Stefan Barth

und Manfred Kirscher werden als Revisoren fungieren. Der Vorstand hat sich vorgenommen, die anstehenden Aufgaben im Gremium künftig sinnvoll zu verteilen, um alle einzubinden und eine Überlastung einzelner Vorstandsmitglieder zu vermeiden. Vor allem wollen sich alle Vorstandsmitglieder mit ihren Ideen in die thematische Gestaltung der Distriktversammlungen mit einbringen, um auch in den kommenden Monaten ein breites Themenspektrum abdecken zu können. Dabei soll auch die Arbeit der Stadtteilbeiräte Alterlangen und Büchenbach sowie die der SPD-Stadtratsfraktion intensiv begleitet werden.
Der Distrikt bedankt sich schließlich bei Tobias Körber für seinen sehr engagierten Einsatz als Vorsitzender.

Jusos

Vorsitzende:
Felix Klingert
Sophia Waldmann

Liebe Jusos,
im Juni treffen wir uns online (wie gewohnt) an folgenden Tagen zu Sitzungen:
- 02.06.: poltische Kommunikationswege in Zeiten von Ausgangssperre und Co.
- 16.06.: Sterbehilfe
Wir hoffen hierfür wie immer eine rege Beteiligung. Bleibt gesund!

Euer Vorstand